

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
01/2015*



Liebe FreundInnen!

Ich hoffe, Ihr seid alle gut in das neue Jahr 2015 gekommen. Die schrecklichen Nachrichten haben ja leider nicht lange auf sich warten lassen. Die brutalen Terroranschläge in Paris mit 17 Todesopfern, sind ein Angriff auf unsere europäischen Werte, auf Demokratie, Meinungs- und Pressefreiheit und friedlichen Pluralismus. Im Nationalrat haben wir heute zu Beginn unserer Sondersitzung der Opfer und ihrer Freunde und Angehörigen gedacht.

Weiteres Thema der heutigen Plenarsitzung war der geplante Untersuchungsausschuss zur Hypo Group Alpe-Adria.

Selbstverständlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

PARLAMENTSMAIL

Gemeinsam gegen Terror und Hass – Für Meinungsfreiheit, Pluralismus und Solidarität!

Der Nationalrat hat heute mit einer Schweigeminute der Opfer des islamistischen Terrors in Frankreich gedacht. Nationalratspräsidentin Doris Bures, Bundeskanzler Werner Faymann und SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder betonten, dass sich die Gesellschaft von Terroranschlägen nicht auseinander dividieren lässt. Nationalratspräsidentin Doris Bures: „Die Freiheit wird siegen!“

Für Bundeskanzler Werner Faymann zeigen die Solidaritätsbekundungen in verschiedensten Städten, wie stark verankert die Demokratie in Europa ist. Aufgabe ist es nun, weiter aktiv für Meinungsfreiheit und europäische Werte einzutreten und sich kritisch aber gewaltfrei mit Andersdenkenden auseinanderzusetzen. Gleichzeitig wandte sich der Kanzler gegen jede Verallgemeinerung, die den Islam als Religion für die Verbrechen der Attentäter verantwortlich macht.

Mit Sorge sieht Faymann das Ansteigen antisemitisch motivierter Gewalt in Europa und erinnerte an die Attentate in Brüssel, die Opfer des koscheren Supermarktes in Frankreich und Todesdrohungen gegen Juden und Jüdinnen in Europa. Faymann stellt klar: "Jede Art von Hass und Herabwürdigung und erst recht Antisemitismus haben keinen Platz in einer freien Gesellschaft!"

SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder plädierte dafür, dass Europa auf Hass nicht mit mehr Hass, sondern mit Solidarität und Menschlichkeit antwortet: „Mit Toleranz und Vielfalt können wir Terrorismus bekämpfen!“ Extremisten eint, dass sie Freiheit, Demokratie und eine offene Gesellschaft ablehnen. Schieder stellt klar: „Genau das werden wir nicht zulassen! Die Antwort auf Hass ist mehr Menschlichkeit, die Antwort auf Fundamentalismus ist eine säkulare Gesellschaft und die Antwort auf Ausgrenzung ist Integration. Es gibt keine Toleranz für Intoleranz.“



Untersuchungsausschuss Hypo Group Alpe-Adria

Das Parlament hat heute zudem den Untersuchungsausschuss zur Hypo Group Alpe-Adria auf Schiene gebracht. Das Verlangen muss jetzt nur noch vom Geschäftsordnungsausschuss des Hohen Hauses formal auf seine Zulässigkeit geprüft werden. Dafür hat er insgesamt acht Wochen Zeit.

In der Debatte zeigte sich Bundeskanzler Faymann überzeugt, dass der Untersuchungsausschuss *"noch sehr ausführlich über die Zeit der Übernahme der Haftungen der Kärntner Landesregierung diskutieren"* werde. Da werde sich herausstellen, ob eine Reihe von Handlungen in Kärnten unter der Führung der FPÖ und *"ohne die Zustimmung anderer Parteien"* die Tätigkeiten der Hypo, die Haftungen der Hypo und den Aktionsradius der Bank *"sehr wohl vorangetrieben haben"*.

Der Bundeskanzler betonte, dass sowohl die Nationalbank als auch das Finanzministerium und die Finanzmarktaufsicht sein Vertrauen besäßen. Wenn diese drei Institutionen der Regierung wiederholt raten, im österreichischen Interesse die Bank nicht in die Insolvenz zu schicken, dann würde er sich nicht einfach über die Bedenken dieser Institutionen hinwegsetzen.

Für Klubobmann Andreas Schieder stand ebenfalls fest, dass das Desaster unter dem damaligen Kärntner Landeshauptmann Haider seinen Ausgang genommen habe. Der Untersuchungsausschuss werde daher zunächst die Verantwortung in Kärnten untersuchen. Die ausufernden Landeshaftungen hätten auch dazu geführt, dass die Bundesregierung nur über sehr beschränkte Alternativen verfügt habe, zumal eine Insolvenz die Gefahr eines Domino-Effekts nach sich gezogen hätte. 2009 sei es vielmehr darum gegangen, durch die Notverstaatlichung zu vermeiden, *"dass das Land vor die Hunde geht"*.

Pressemeldungen und Veranstaltungen

[Muttonen: Junckers Investitionspaket geht nicht weit genug \(14.01.2015\)](#)

Lettische Ratspräsidentschaft

Am Dienstag war der lettische Botschafter S:E. Edgars Skuja bei uns im Parlament. Seit dem 01. Januar führt das baltische Land für ein halbes Jahr den Europäischen Rat an und es hat sich in den letzten Jahren gute Praxis geworden, dass die jeweiligen Botschafter das Arbeitsprogramm ihres Landes im Nationalrat vorstellen.

Im Fokus der lettischen Ratspräsidentschaft stehen die Wirtschaftskrise, der Ukraine Konflikt und die Beziehungen zu den Ländern Osteuropas sowie die digitale Modernisierung der EU.

Mich überraschte an dem Programm, dass es mit keinem Wort auf die Rolle von OSZE und Europarat bei der Friedensfindung in der Ukraine eingeht. Auch finden sich im Programm keine Pläne oder Ideen wieder, wie die wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Beziehungen zu Russland wieder verbessert werden können. Außerdem wollte ich von Botschafter Skuja erfahren, wie Lettland zu den Sanktionen gegenüber Russland steht.

Der Botschafter erklärte, dass die Sanktionen aus lettischer Sicht die zivilisierteste Antwort auf die russische Okkupierung der Krim und die russischen Aktivitäten in der Ostukraine darstellen. Allerdings würde auch die lettische Wirtschaft stark unter den Sanktionen leiden. Er hoffe daher, dass es in den nächsten Monaten zu einer Lockerung kommen könne. Lettland und die EU seien zudem um einen wirtschafts- und sicherheitspolitischen Dialog mit Russland bemüht, um die aktuellen Spannungen abbauen zu können.

Ein weiterer kritischer Punkt des Programms ist meiner Ansicht nach die sehr unkritische Unterstützung der geplanten Freihandelsabkommen TTIP und TISA durch Lettland. Die lettische Regierung erwähnt in ihrem Programm mit keinem Wort die großen Vorbehalte in der europäischen Bevölkerung gegen die Inhalte der Abkommen und gegen die intransparente Art, wie sie verhandelt werden. Wir haben daher die Gelegenheit genutzt, gegenüber Botschafter Edgars Skuja noch einmal deutlich zu machen, dass die SPÖ die Aufnahme von Schiedsgerichten für Großkonzerne in die Freihandelsverträge strikt ablehnt.

Das Programm der lettischen Ratspräsidentschaft könnt Ihr [hier](#) einsehen (leider nur auf Englisch).



"Gemeinsam gegen den Terror"

Am Sonntag war ich gemeinsam mit unserem Klubobmann und weiteren GenossInnen auf der Solidaritätsveranstaltung in der Wiener Innenstadt. Die große Anteilnahme der ÖsterreicherInnen war wirklich überraschend. Um die 12.000 Menschen waren der Einladung der Bundesregierung und aller Religionsgemeinschaften gefolgt. Gemeinsam haben wir ein starkes Zeichen der Solidarität mit Frankreich und den Opfern der Anschläge von Paris gesetzt.

Die schrecklichen Anschläge auf das Satiremagazin Charlie Hebdo und den jüdischen Supermarkt, aber auch die grausame Ermordung des Polizisten Ahmed Merabet und zwei seiner KollegInnen sind ein Angriff auf unsere demokratischen, rechtsstaatlichen und liberalen Werte.

Die riesige Demonstration am Sonntag in Paris mit weit über einer Millionen TeilnehmerInnen und die vielen Solidaritätsveranstaltungen weltweit haben aber deutlich gemacht, dass wir der Ideologie des Hasses und der Gewalt nicht nachgeben werden. Im Gegenteil, am Wochenende sind Menschen unterschiedlichster Herkunft, unterschiedlichster politischer Gesinnung und unterschiedlichster religiöser Bekenntnisse auf die Straße gegangen, um gemeinsam für unsere Demokratie, für Meinungsfreiheit und gegenseitigen Respekt einzutreten.

Ich glaube, dass wir alles dafür tun müssen, diese Geschlossenheit aller demokratisch und friedlich gesinnten Menschen zu erhalten. Dann werden die Extremisten, gleich welcher politischen und religiösen Ausrichtung, mit ihrem Ziel unsere freien Gesellschaften zu zerstören, keinen Erfolg haben.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien
www.christine-muttonen.at